

IGF: Neues Modell für einen Multi-Stakeholder Policy Dialog?

Thomas Schneider

*Verantwortlich für die internationalen Aspekte der Informationsgesellschaft,
Bundesamt für Kommunikation, Biel*

Résumé: *Le premier Forum sur la gouvernance de l'Internet (FGI) s'est tenu à Athènes du 30 octobre au 2 novembre 2006. Quelque 1400 représentantes et représentants des autorités, des organisations internationales, de l'économie privée, de la société civile ainsi que de l'«Internet Community» ont dialogué librement sur Internet et son administration («Internet Governance»). Ce test inaugural d'une nouvelle politique de consultations multisectorielles s'est déroulé de façon concluante.*

Während der ersten Phase des Weltgipfels zur Informationsgesellschaft (WSIS) im Dezember 2003 in Genf war Internet Governance noch weitgehend ein Tabuthema gewesen. Im November 2005, am zweiten WSIS-Gipfel in Tunis, hatte man sich auf nicht viel mehr einigen können, als dass man das Thema an einem künftig jährlich stattfindenden Forum diskutieren sollte. Daher ist nur schon die Tatsache als Erfolg zu werten, dass am ersten Internet Governance Forum, welches vom 30. Oktober bis 2. November 2006 in Athen stattfand, ein freier Dialog zwischen so vielen Vertretern verschiedener Interessen möglich war. Wieso diese Entwicklung?

Versachlichung der Diskussion

Der WSIS-Prozess, vor allem die regelmäßigen offenen Konsultationen im Vorfeld von Tunis und auch vor dem IGF 2006 haben vielen Beteiligten zu einer Verbesserung der Kenntnisse über das Internet und dessen Verwaltung geführt. Die Akteure haben sich besser kennengelernt und gegenseitige Vorurteile abbauen können. Zudem ist bei Vielen die Einsicht gereift, dass die Herausforderungen der virtuellen Welt nicht von Regierungen oder vom Privatsektor alleine, sondern nur im Zusammenspiel aller beteiligter Kräfte gemeistert werden können.

Der Kompromiss von Tunis 2005 legte fest, dass das IGF weder Entscheidungsgewalt noch Aufsichtsfunktionen innehaben sollte und dass man das Reizthema der Verwaltung der Internet-Kernressourcen (Domain Namen, IP-Adressen, Root Zone File und Servers, etc.) in einem zweiten Prozess («process towards enhanced cooperation») weiterdiskutieren würde. Zudem sollte sich das IGF vor allem auf die entwicklungspolitischen Aspekte des Internets fokussieren.

Offener Dialog auch über kontroverse Themen

Die im Vorfeld des IGF verbreiteten Befürchtungen, in Athen würden alle kontroversen Themen ausgeklammert, haben sich nicht bewahrheitet. In vier grossen Diskussionsrunden zu den Hauptthemen Zugänglichkeit, Offenheit, Vielfalt und Sicherheit des Internets und in rund 30 Workshops zu spezifischeren Themen gab es intensive Beratungen von unterschiedlicher aber doch ansprechender Qualität. Akteure, die zum Teil vor wenigen Jahren noch nicht miteinander gesprochen haben, diskutierten konstruktiv über Infrastruktursicherheit, Spam, Meinungsfreiheit und andere Menschenrechte im Internet, Privatsphäre, Digitale Identitäten, Konsumentenschutz, Geistiges Eigentum, lokales Inhalten, DNS Root Zone File Management und so weiter. Neue Ideen wie die Ausarbeitung einer Rahmenkonvention zu Internet Governance oder die Schaffung von Internet Qualitätslabels wurden erörtert. Immer wieder ging es darum, eine Balance zwischen berechtigten Anliegen wie zum Beispiel zwischen Meinungsfreiheit und Schutz vor Missbrauch, zwischen Urheberrechten und möglichst freiem Zugang zu Wissen, zwischen Innovationskraft des Marktes und Regulierung zugunsten öffentlicher Anliegen zu erreichen.

Neue Definition der Rollen der staatlichen und privaten Akteure nötig

Auch die Frage der Rolle und Verantwortung der verschiedenen Akteure, vor allem der nichtstaatlichen zog sich durch die ganzen Diskussionen hindurch: Insbesondere die Verantwortung privater Internet Service Providers (ISPs) oder Mobile Operators im Bezug auf den Schutz vor Missbräu-

chen des Internets (z.B. Kinderpornografie, Xenophobie, Verbreitung jugendgefährdeter Inhalte) wurde intensiv thematisiert. Diese neuen Rollen und Verantwortlichkeiten bedeuten eine Herausforderung nicht nur für den Staat, sondern auch für die privaten Unternehmen. Dabei waren sich die Teilnehmenden am IGF einig, dass die Herausforderungen des Internets nur durch ein Zusammenspiel verschiedener Regulationsformen von bindenden Gesetzen bis zu freiwilliger Selbstregulierung erfolgreich angepackt werden können. Wichtiger Bestandteil des IGF war nicht nur die Diskussion über Visionen und Perspektiven, sondern die Weitergabe von «Best Practices». Das IGF bot eine Gelegenheit zum Austausch von Erfahrungen mit konkreten Modellen und Lösungsansätzen. Dies im Bewusstsein, dass sich solche Best Practices nicht ohne weiteres von einem Land auf ein anderes übertragen liessen, sondern ganz unterschiedliche Umstände berücksichtigt werden müssen.

Gute Gespräche im informellen Rahmen – und was nun?

Der Testlauf des Internet Governance Forums ist also geglückt. Die sorgfältige Vorbereitung hat eine fruchtbare Plattform für Gespräche und einen Erfahrungsaustausch ermöglicht. Natürlich müssen in Zukunft gewisse Dinge weiter verbessert werden. So wäre eine Konzentration auf weniger Themen und weniger simultane Veranstaltungen zu prüfen. Am informellen Format des Forums, welches nicht an die strengen UN-Regeln und Formalitäten gebunden ist und via Webcast auch die Teilnahme physisch Abwesender ermöglichte, ist jedoch festzuhalten. Denn genau dieses hat eine offene Diskussion unter staatlichen und privaten Akteuren ermöglicht - ohne Verhandlungsdruck und ohne Zwang zum Bezug offizieller Positionen. Dies hat zu besserem Verständnis, zu grösserer Transparenz der bestehenden Internet Governance Mechanismen beigetragen und den Weg für innovative Lösungsansätze geebnet.

Ungenügend war die Teilnahme von Akteuren aus den Entwicklungsländern. Hier braucht es weitere, auch finanzielle Anstrengungen. Weiter sollte das Interesse der Wirtschaft gestärkt und die Regierungsvertreter ermuntert werden, nicht nur zuzu-

hören, sondern sich aktiver an der Diskussion zu beteiligen.

Bleibt die Frage, wie die Gespräche des IGF 2006 in spürbare Resultate überführt werden können. In diversen Workshops wurde angeregt, dass sich Interessierte freiwillig zu «Dynamischen Koalitionen» zusammenschliessen und an den Themen weiterarbeiten sollten. Es bleibt zu hoffen, dass solches auch wirklich geschieht. Es ist zu begrüssen, wenn sich im Nachgang zum IGF konkrete und verbindliche Verbesserungen in den bestehenden Internet Governance Mechanismen einstellen. Das IGF hat zwar keine Entscheidungsgewalt, es kann aber die Aufmerksamkeit auf Prinzipien und Lösungsansätze lenken und einen moralischen Druck auf bestehende Mechanismen erzeugen, diesen Prinzipien und Lösungen zu folgen. Das IGF hat aber auch seine Grenzen. Die bestehenden Institutionen müssen die diskutierten Themen von sich aus aufnehmen und weiterverarbeiten.

Das nächste Internet Governance Forum, welches im November 2007 in Rio de Janeiro stattfinden wird, wird höheren Erwartungen gerecht werden müssen. Man wird sich die Frage stellen, ob die Gespräche im geschützten Raum von Athen zu konkreten Taten und Verbesserungen geführt haben. Und das IGF 2007 muss weitere Impulse für die Arbeit zur Bewältigung der Herausforderungen rund um das Internet liefern.

Für die Schweizer Akteure, sei es aus Verwaltung, Privatwirtschaft oder Zivilgesellschaft wird es wichtig sein, die Arbeiten rund um das IGF zu verfolgen, vom Austausch zu profitieren und ihre eigenen Erfahrungen weiterzugeben. Erste Initiativen, die interessierten nationalen Stakeholders zusammenzubringen, sind bereits erfolgt (z.B. das von Switch und der ETH organisierte IGF-Symposium vom Juli 2006 oder das Forum ICT-21 von Ende Januar 2007). Ein solcher pragmatischer und lösungsorientierter Austausch sollte weiter entwickelt und gepflegt werden.

Die hier gemachten Aussagen entsprechen einer persönlichen Meinung und nicht einer offiziellen Position des BAKOM. Weitere Infos zum IGF, den Veranstaltungen, den Teilnehmenden sowie zu den Folgearbeiten sind zu finden auf www.intgovforum.org ■

Zusammenfassung: Vom 30. Oktober bis 2. November 2006 fand in Athen das erste Internet Governance Forum (IGF) statt. 1400 Vertreterinnen und Vertreter von Behörden, internationalen Organisationen, aus Privatwirtschaft, Zivilgesellschaft und der «Internet Community» trafen sich zu einer offenen Diskussion über das Internet und dessen Verwaltung (Internet Governance). Dieser erste Test eines neuen Modells für einen Multistakeholder Policy Dialog ist positiv verlaufen.